

Standortkameradschaft Köln
KennNr. 2011 3000

Deutscher BundeswehrVerband
– Landesgeschäftsstelle West –
Südstraße 123
53175 Bonn

FAX: 0228 – 3823 – 233
Mail: west@dbwv.de

Antrag an die Landesversammlung West 2017

Stichwort:

Ausweitung der Maßnahmen für politische bzw. historische Bildung auf alle Beschäftigten der Bundeswehr

Antragtext:

Der DBwV möge sich für die „Ausweitung der Maßnahmen für politischen bzw. historischen Bildung auf alle Beschäftigten der Bundeswehr“ einsetzen

Antragsbegründung:

Nach den derzeit geltenden Vorschriften besteht lediglich für die Soldaten eine Verpflichtung zur politischen Bildung. Diese Regelungen stammen noch aus der Zeit, als insbesondere jungen Wehrpflichtigen Grundlagen, Struktur und Werte des Staatswesens vermittelt werden sollten. Der Bedarf nach der politischen Bildung in der Bundeswehr besteht vor dem Hintergrund der laufenden gesellschaftlichen Entwicklungen unverändert oder sogar verstärkt.

Zivile Beschäftigte können an Maßnahmen der politischen Bildung aktuell nur dann teilnehmen, wenn dienstliche Gründe nicht entgegenstehen und die notwendigen Haushaltsmittel zur Verfügung stehen.

Aufgrund des Wandels der Gesellschaft, der Aussetzung der Pflicht zur Ableistung des Wehrdienstes sowie der statusübergreifenden Besetzung von Dienstposten erscheinen die bisherigen Regelungen überholt.

Diesen könnten durch regelmäßige Fortbildung auf politischem sowie historischem Gebiet Rechnung getragen werden.

Der o.a. Antrag wurde in der Standortversammlung der Standortkameradschaft Köln am 17.01.2017 beschlossen.

Andreas Bruckner
Oberstleutnant
Vorsitzender der Standortkameradschaft Köln